

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 73 (1979)
Heft: 1

Artikel: Aufgaben kirchlicher Friedensarbeit
Autor: Keller, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142758>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MAX KELLER

Aufgaben kirchlicher Friedensarbeit

Johannes XIII. hat 1963 in seiner Enzyklika «Pacem in Terris» eindringlich und umfassend über die Friedensarbeit geschrieben. Eine Reihe von Dokumenten von höchstem kirchenamtlichen Rang haben seither bestätigt, daß die Bemühungen für einen «Frieden unter allen Völkern in Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit» (Pacem in Terris) bei der obersten Leitung der katholischen Kirche nichts an Dringlichkeit verloren haben. Dabei wird nicht nur grundlegend theologisch vom Frieden geredet, sondern auch konkret im Blick auf die politisch-militärische Situation. Einige Zitate zum Thema Rüstung/Abrüstung sollen dies zeigen:

— «Deshalb fordern Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und Rücksicht auf die Menschenwürde dringend, daß der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört; daß ferner die in verschiedenen Staaten bereits zur Verfügung stehenden Waffen auf beiden Seiten und gleichzeitig vermindert werden; daß Atomwaffen verboten werden; und daß endlich alle auf Grund von Vereinbarungen zu einer entsprechenden Abrüstung mit wirksamer gegenseitiger Kontrolle gelangen.» (Pacem in Terris, Nr. 112)

— Der Rüstungswettlauf «ist kein sicherer Weg, den Frieden zu sichern, und das sich daraus ergebende sogenannte Gleichgewicht ist kein sicherer und wirksamer Friede.» (Gaudium et Spes, Nr. 81)

— Der UNO und anderen internationalen Institutionen möge es gelingen, eine Ordnung zu schaffen, die «das Wettrüsten einzuschränken, den Handel mit Waffen und deren Anhäufung abzustellen und Konflikte auf friedlichem Wege durch Schiedsspruch und/oder internationale Polizeiaktionen zu bereinigen» vermag (Römische Bischofssynode 1971).

Aehnlich eindeutig hat auch der Oekumenische Rat der Kirchen an seiner letzten Weltkirchenkonferenz 1975 in Nairobi Stellung genommen.

Friedensethik ohne Friedenspolitik

Während bei der Kirchenleitung auf Weltebene die Arbeit für den Frieden zu den Hauptsorgen gehört, ist es bei uns viel stiller. Es wäre zu einfach, einfach festzustellen, daß es unseren Kirchenleitungen nicht gelingen will, die von ihnen mitgetragenen kirchlichen Dokumente auf die schweizerische Situation umzusetzen und, wo notwendig (z. B. gegenüber dem Waffenexport in die Dritte Welt), sich unmißverständlich für eine Aenderung der bestehenden Praxis einzusetzen. Die Friedens-

arbeit wird bei uns nicht von breiten Kreisen der Bevölkerung mitgetragen. Kirchliche Gruppierungen, die sich ernsthaft für den Frieden einsetzen, sind zahlenmäßig klein. Für die große Mehrheit der Christen bleibt es bei dem zum sonntäglichen Gottesdienst gehörenden Gebet für den Frieden.

«Das Gebet für den Frieden entbindet nicht von der Frage nach unserem politischen Umgang mit dieser Hoffnung, die eine radikale ist.» (Max Frisch) Vom politischen Umgang mit der Hoffnung auf Frieden ist wenig zu sehen. Diese Hoffnung würde dazu führen, sich für Bedingungen einzusetzen, unter denen unsere Gesellschaft friedensfähig wird, indem sie Hoffnung für alle bedeutet.

Wir haben sogar jenen Mut und jene Kraft der Kirche früherer Zeiten verloren, beim offenen Ausbruch von Konflikten konsequent einzugreifen. Obwohl (oder weil) die Kirchen in unserem Land öffentlich-rechtlich anerkannt sind und sein wollen, sehen sie ihre Verantwortung allzu einseitig nur als Partner des Staates bei der Sorge um die Sicherheit des Landes. Daß in Konfliktsituationen diese Kirche u. U. auch ein **kritisches Gegenüber zum Staat** werden muß, das mit Autorität sich für Verfolgte und Entrechtete einzusetzen hat, ist jedenfalls nicht mehr so lebendig, wie wir das vom Mittelalter wissen. Auch in der Schweiz sind die alten Traditionen, etwa bestimmte Personenkreise, die verfolgt wurden, unter Schutz zu stellen oder die Kirche (als Gebäude und als Institution) zum **Asylort** werden zu lassen, kaum noch lebendig. Von den beachtenswerten theoretischen Ansätzen her (etwa Beurteilung von Dienstverweigerern, Pazifisten und anderen politischen und sozialen Randgruppen) kommt es kaum zu einer praktischen «Asylgewährung» und zur Schaffung von «Freiräumen». Ebenso starke Zurückhaltung läßt sich bei den Asylfragen im engeren Sinn feststellen: wenn die Asylgewährung aus politischen Gründen von den Behörden zurückhaltend ausgeübt wird, finden sich die kleinen Aktionsgruppen — die sich für die Asylgewährung einsetzen — meistens auch im kirchlichen Abseits.

Tradition des «gerechten Krieges»

Die Schwäche in der traditionellen Friedensarbeit wird aber auch nicht durch einen besonderen Einsatz in Aufgaben kompensiert, die sich durch ein umfassendes Friedensverständnis (Gerechtigkeit, Bedingungen schaffen für eine friedensfähige Gesellschaft) ergeben. Die Ursachen sind vielfältig und je nach dem eigenen kirchlichen und politischen und wirtschaftlichen Standort werden andere in den Vordergrund treten. Ich möchte hier auf dem Feld der katholischen Traditionsgeschichte bleiben.

Die kirchliche Haltung wird nicht nur durch «Pacem in Terris»

oder die Bischofssynode von 1974 mit ihrer «Botschaft über Menschenrechte und Versöhnung» bestimmt. Nach wie vor beeinflussen uns Nachwehen der neoscholastischen Theologie, deren Friedensverständnis geprägt ist durch Begriffe wie Ordnung, Ruhe, Harmonie, Einheit. Friede heißt in dieser Tradition: harmonisches Zusammenleben der Völker und Staaten auf der Grundlage weltanschaulicher Konformität und sittlicher Uebereinstimmung. **Politische Koexistenz** zwischen gegensätzlichen Gesellschaftssystemen und Ideologien ist für diese Tradition im letzten Verrat, denn Friede ist nur möglich auf dem Boden christlicher Wahrheit und Sittlichkeit. Die Sehnsucht nach dem «christlichen Abendland», die neuerdings in der Bundesrepublik anlässlich der bevorstehenden Europawahlen von einzelnen Bischöfen öffentlich bekundet wird, ist eine Konsequenz solcher Friedensvorstellungen.

Daß in dieser Tradition die Rechtfertigung des «gerechten Krieges» leicht fällt, überrascht nicht. Atomare Aufrüstung bis zur Neutronenbombe löst kein Umdenken aus. Einwände, wie sie etwa von Carl Friedrich von Weizsäcker formuliert wurden («die klassische Rechtfertigung des Krieges versagt gegenüber der nuklearen Problematik») werden in der Schweiz und in der BRD kirchenamtlich nicht öffentlich reflektiert.

Wo Friede weiterhin als harmonisches Zusammenleben auf der Grundlage weltanschaulicher Konformität und sittlicher Uebereinstimmung verstanden wird, bleibt eine Anfälligkeit für den Kalten Krieg. Anstelle des notwendigen politischen Umgangs mit dem Frieden kann leicht unter Berufung auf den unpolitischen Auftrag der Kirche (Zuständigkeit für die sittliche Grundlage) eine einseitige politische Frontstellung gefördert werden.

Was heißt Kampf für den Frieden?

Ein Christ, der glaubend vernimmt, daß der Friede eschatologische Gabe Gottes ist und zugleich in der Verantwortung der christlichen Gemeinde liegt (Eph. 6, 15), wird **umdenken** müssen. Friede hat wenig mit Harmonie, aber viel mit Rechtfertigung und Sündenvergebung zu tun (Röm. 5, 1). Friede verbindet Nahe und Ferne (Eph. 2, 14 ff), beschränkt sich nicht auf zwischenmenschliches Verhalten, sondern hat kosmisches Ausmaß (Kol. 1, 20). Friede ist nicht Wiederherstellung einer vorgegebenen Harmonie, aber Verheißung mitten in der Angst der Welt (Joh. 14, 27). Der Friede ist zu erkämpfen gegen Unterdrückung, Ungerechtigkeit, Trennung. Doch in diesem Kampf gibt es Opfer (von Jesus bis hin zu den bekannten und unbekanntenen Opfern der Unterdrückung in der Gegenwart).

Es ist auch aus der kirchlichen Tradition zu verstehen, daß dort,

wo der Krieg zwar als Uebel gesehen und doch als letztes Mittel geduldet wird, gleichzeitig auch der Kampf aus dem christlichen Denken verdrängt wird, Wer den Krieg ablehnt, ist aber noch nicht dispensiert, für den Frieden zu kämpfen. «Nur sanft sein, heißt noch nicht gut sein.» (Ernst Bloch) Wer für den Frieden kämpft, ist nicht wie im Krieg darauf aus, Vormacht zu befestigen und neue Macht zu erobern. Er steht in einem menschenfreundlichen, unwölfischen Kampf, er leistet aktiven Widerstand im Sinne humaner und sozialer Vernunft, sein Kampf ist auf sozialen Frieden ausgerichtet. Krieg verstärkt bekanntlich jede Form von Herrschaftsausübung, bringt mehr Hierarchie, mehr Apparat, mehr Vormacht von wenigen. Kampf um Frieden läßt sich nicht mit Erniedrigung und Knechtung in Uebereinstimmung bringen: er sprengt die Entmündigung, wird zur Tat von vielen auf der Suche nach einer Gesellschaft, die Hoffnung für alle ermöglicht.

Der Kampf für den Frieden steht heute in einem **weltweiten Horizont**. Sein Ziel ist nicht einfach das Fernhalten des Krieges vom eigenen Land, sondern der Weltfrieden. Dies fordert eine aktive Veränderung des gegenwärtigen Weltzustandes, eine Veränderung auch der wirtschaftlichen und politischen Strukturen. Weltfrieden, verstanden als Lebensermöglichung im technisch-wissenschaftlichen Zeitalter, läßt sich nicht mit militärischen Drohsystemen erreichen. Es wird entscheidend sein, ob die langfristigen Interessen die jetzt wirtschaftlich Starken zur Einsicht bringen, ihre kurzfristige Verteidigung der kurzfristigen Interessen abzubauen.

Aktionsfelder kirchlicher Friedensarbeit

Es muß noch mehr Kraft auf die Suche nach nicht-militärischer Konfliktaustragung konzentriert werden. Während heute in der Verflechtung von wirtschaftlichen und politischen Interessen die ständige Produktion von neuen Drohungen und Konflikten die Aufrechterhaltung dieser Interessen unterstützt und selbst die militärische Austragung von begrenzten Kriegen im Interesse des größeren Ganzen akzeptiert wird, müßten wir auch in unserem Lande die von Johannes XXIII. oder den Bischofssynoden von 1971 und 1974 aufgezeigte Irrationalität einer vordergründigen Rationalität der Aufrechterhaltung von militärischer Konfliktaustragung deutlich machen. Gleichzeitig sind Formen von **gewaltloser Konfliktaustragung** und von **sozialer Verteidigung** von der Kirche zu unterstützen und zu fördern.

Die **weltweiten Kommunikationsmöglichkeiten** der katholischen Kirche und des Weltrates der Kirchen in Genf könnten vermehrt dafür eingesetzt werden, eindeutiger die Forderungen der industriell wenig entwickelten Länder bei uns bekannt zu machen. Wenn es gelingt, daß

diese Länder ihre Vorstellungen über die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen bekannt geben können und andere Formen von weltweiter Zusammenarbeit gefunden werden, dann besteht eine größere Chance, etwas mehr Gerechtigkeit zu erreichen und etwas mehr an den Frieden heranzukommen.

Vielleicht unterschätzen wir angesichts der täglichen Selbstdarstellung der Regierungen in den Massenmedien und der nicht übersehbaren Macht von multinationalen Firmen die Einflußmöglichkeiten von nicht-staatlichen und nicht-wirtschaftlichen internationalen Organisationen. Wenn etwa im Kirchenbereich nicht so schnell die wirtschaftlichen und militärischen Landkarten stillschweigend akzeptiert würden, sondern wenn etwa in unserer Weltregion nachhaltig auf europäischer Ebene (gemeint ist ausdrücklich das nördliche, südliche, westliche und östliche Europa) zusammengearbeitet würde, dann hätte dies Folgen über den kirchlichen Bereich hinaus.

Im Bereich der **Nord-Süd-Beziehungen** sollte die Kommunikation dazu führen, daß eine breite Bevölkerungsschicht bei uns erkennt, daß wirtschaftliche Ueberlegenheit nicht gleich zu setzen ist mit kulturellem und menschlichem Mehr-sein. Es würde wahrscheinlich auch deutlich, daß rücksichtslose wirtschaftliche Offensiven in südlicher Richtung nicht zu mehr Freiheit und Unabhängigkeit dieser Länder führen, sondern daß in vielen Fällen nicht nur die Strände verbaut, sondern eine immer noch entwicklungsfähige landwirtschaftliche oder gewerbliche Kultur zum Nachteil der unmittelbar Betroffenen durch die Bindung an unsere Anforderungen zerstört werden. Dazu gehört nicht nur, daß der Konsument bei uns bestimmt, welche Orangengröße in Sizilien produziert werden muß (mit allen Nachteilen für den Kleinproduzenten und den einheimischen Konsumenten). Der Tourismus bestimmt von der Toscana bis nach Kreta die Bodenpreise, überrollt einheimische soziale und kulturelle Beziehungen und Werte. Die Erschließung neuer Märkte für unsere Industrie ändert den Lebensstil und die Gewohnheiten am Zielort, in manchen Fällen führt die wirtschaftliche Verflechtung auch zur Förderung von Rüstungsgütern. Kirchliche Friedensarbeit im Nord-Süd-Gefälle wird nicht die von oben nach unten verlaufenden Beziehungen unterstützen. Durch den Aufbau und die Entwicklung unabhängiger Kontakte leistet sie einen Beitrag zu kritischer Erfahrung. Dabei würde deutlich, daß auch aufgeklärte Zeitgenossen in sich eine unzulängliche Vorstellung vom Bewohner des südlichen Landes tragen. Wer erfährt, daß Südländer nicht ungebildet, kulturlos, arbeitsscheu usw. sind, dem wird es möglich sein, Rückfragen an unser eigenes Bildungs-, Kultur- und Arbeitsverständnis zu stellen. In unserem Lande selber müssen wir uns dafür einsetzen, daß eigenständige Entwicklun-

gen in den südlichen Ländern (wirtschaftlicher, sozialer, politischer und ideologischer Art) nicht verhindert werden.

Ebenso dringend wie die Nord-Süd-Beziehungen sind die **West-Ost-Beziehungen**. Die Frontstellung ist gegenüber Osteuropa so geläufig, daß sie hier nicht dargelegt werden muß. Ein intensiverer Austausch zwischen Christen aus Ost und West könnte diese Beziehungen aus der Erstarrung lösen und würde zeigen, daß die Frage nach der Verwirklichung der Menschenrechte echte Fragen an beide Seiten sind und daß ein selektiver Umgang (etwa indem die individuellen oder die sozialen Menschenrechte verdrängt werden) ungenügend ist. Die Anforderungen im Westen und Osten an die Christen, in ihrem Land einen Beitrag zu einer menschlicheren Gesellschaft zu leisten, ist in jedem Fall hoch und anspruchsvoll. Gespräche mit Christen aus Osteuropa werden zeigen, daß für den Christen der Sozialismus nicht eine längst entschiedene Frage ist, sondern daß eine Auseinandersetzung mit ihm geführt werden muß. Auch wir müssen ernsthaft überlegen, warum für bestimmte Christen aus einem osteuropäischen Land ihr Sozialismus ein «malum necessarium» (notwendiges Uebel) ist und für andere Christen aus demselben Land ein «bonum necessarium» (notwendiges Gut).

Auch **innenpolitisch** steht kirchliche Friedensarbeit vor wichtigen Aufgaben. Mit Max Frisch kann das Aufgabenfeld mit folgenden Fragen abgesteckt werden:

«Welche Perspektiven für eine humanere Welt vertrittst Du? Welche sittlichen Werte, die nicht durch ihre Praxis annulliert werden, bestimmen Dein Handeln? Welche Hoffnung für alle oder nur für Dich selbst beseelt Dich? Welche Hoffnung auf Menschenwürde für alle kannst Du anbieten?» (In seiner Rede zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1976) Durch solche Fragen kann der Horizont der Politik geöffnet werden, damit diese nicht als Fortsetzung des Geschäftemachens und als Zusage an die weitere Steigerung des Konsums und des Komforts in Dienst genommen wird. Allerdings genügt es nicht, diese Fragen zu stellen und für sich zu beantworten. Friedensarbeit verlangt, daß die Bedingungen, unter denen eine konkrete Gesellschaft friedensfähiger wird, analysiert und verwirklicht werden.

Unbedingt geboten ist es, internationale Streitigkeiten nicht durch Krieg auszutragen; andere, der Menschennatur angemessenere Mittel und Wege müssen gefunden werden. Ueberdies sollte die Strategie der Gewaltlosigkeit gefördert werden, und alle Staaten sollten die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkennen und gesetzlich regeln.

(Römische Bischofssynode 1971, De justitia in mundo, Nr. 64)